

## "Brüssel fordert von Paris eine Korrektur des Haushalts 2003" in Le Monde (1. Oktober 2002)

**Legende:** Die Europäische Kommission trägt als „Hüterin der Verträge“ für die Anwendung der Verträge sowie der von den Organen aufgrund der Verträge getroffenen Bestimmungen Sorge. Dieser am 1. Oktober 2002, in der französischen Tageszeitung Le Monde erschienene Artikel illustriert die Aufgabe der Kommission, die Wirtschafts- und Währungspolitik zu überwachen (Art. 119 und 120 des EG Vertrags).

**Quelle:** Le Monde. dir. de publ. Colombani, Jean-Marie ; RRéd. Chef Plenel, Edwy. 01.10.2002. Paris: Société Editrice du Monde (SAS). "Bruxelles demande à Paris de réécrire son budget 2003", auteur:Leparmentier, Arnaud , p. 6.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU  
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/brussel\\_fordert\\_von\\_paris\\_eine\\_korrektur\\_des\\_haushalts\\_2003\\_in\\_le\\_monde\\_1\\_oktober\\_2002-de-1e34f2be-4f85-4427-baf4-de1fb646f800.html](http://www.cvce.eu/obj/brussel_fordert_von_paris_eine_korrektur_des_haushalts_2003_in_le_monde_1_oktober_2002-de-1e34f2be-4f85-4427-baf4-de1fb646f800.html)



**Publication date:** 13/09/2016

## Brüssel fordert von Paris eine Korrektur des Haushalts 2003

**Die Kommission beabsichtigt, eine Warnung an die Regierung Raffarin wegen Verfehlung der Sparziele des Stabilitätspakts zu richten. Es reiche nicht aus, das Defizit auszugleichen, es müsse so schnell wie möglich gesenkt werden, um bis 2006 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.**

Brüssel

aus unserem europäischen Büro

Die Kommission wird Paris höchstwahrscheinlich eine Frühwarnung wegen Verfehlung der Sparziele in den öffentlichen Finanzen erteilen. *„Dieser Vorschlag ist noch nicht gemacht worden, aber ich wäre nicht überrascht, wenn es dazu käme“*, sagte ein Kommissar. *„Im Oktober oder November“*, bestätigte ein anderer.

Im Umfeld von EU-Währungskommissar Pedro Solbes heißt es, dass noch kein Termin festgelegt wurde: *„Wenn unsere Haushaltsanalyse zeigt, dass unsere erste Schätzung korrekt war und keine Änderung eingetreten ist, wird eine Warnung erfolgen“*, wird jedoch versichert. Eine schnell erfolgende Warnung hätte den Vorteil, Paris zu einer Korrektur seines Budgets während der parlamentarischen Überprüfung zu veranlassen.

Alle Bedingungen dafür sind da: Die Defizite Frankreichs sind sehr viel höher als vorhergesehen, sie nähern sich der Drei-Prozent-Marke des Bruttoinlandsprodukts (BIP), und die französische Politik zur Haushaltskonsolidierung ist nicht zufriedenstellend. Bereits am Tag nach der Veröffentlichung des französischen Haushalts am 26. September schlug Solbes Alarm: *„Die französische Regierung verschiebt ihre Haushaltssanierung“*, *„der Haushaltsausgleich wird 2006 nicht erreicht“*, *„ein nominales Defizit von 2,6 % für 2003 liegt gefährlich nah an der 3 %-Grenze“*. Solbes war umso gereizter, als er zwei Tage zuvor den Ländern in Schwierigkeiten und insbesondere Frankreich einen Aufschub gewährt hatte: Die Kommission hat die Frist für das Erreichen eines ausgeglichenen Haushaltes von 2004 bis 2006 verlängert, verlangte jedoch im Gegenzug, dass die Länder ihr strukturelles Defizit – das nicht von der Konjunktur abhängt – um 0,5 % des BIP pro Jahr senken.

### Ein abgeschlossenes Dossier

Bevor die Kommission ihre Warnung ausspricht, möchte sie mit einem abgeschlossenen Dossier aufwarten: Sie muss die Finanzminister davon überzeugen, der besagten Warnung mit qualifizierter Mehrheit zuzustimmen. Die Hüterin der Verträge möchte nicht noch einmal die gleiche Erfahrung wie zu Beginn des Jahres machen, als Deutschland die Unterstützung Großbritanniens suchte, um dem blauen Brief Brüssels zu entgehen. Frankreich war damals wütend, dass London es wagte, innerhalb der Euro-Zone zu „regieren“, und war Berlin faktisch zu Hilfe geeilt.

Heute versichert die Kommission, dass sie handeln werde, selbst wenn Paris eine Koalition gegen sie organisiere. *„Die Warnungen haben eine Wirkung, besonders in den Medien. Wir werden nicht zögern, eine Warnung auszugeben, selbst wenn wir denken, dass der Rat dagegen stimmen wird“*, war im Umfeld von Solbes zu hören.

Die Situation unterscheidet sich von der zu Beginn des Jahres. Als Rechtfertigung für die Nichtakzeptanz des Verweises erklärte Berlin, dass nicht die Wirtschaftspolitik kritisiert worden sei. Das ist nicht der Fall bei Frankreich, dessen Politik inhaltlich kritisiert wird. Der Kommissar Michel Barnier, der der französischen Regierung nahe steht, zeigt sich ebenfalls kritisch. *„Was Pedro Solbes mit seinen Worten zum französischen Haushalt gemeint hat, ist, dass man sich nicht darauf beschränken kann, das Defizit zu stabilisieren, es muss auch so schnell wie möglich gesenkt werden“*, erklärte er gegenüber *La Tribune*.

Die Kommission sieht sich nicht isoliert. Sie hat die Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB) erhalten. *„Die Ergebnisse der Haushaltspolitik einiger Länder sind sehr enttäuschend“*, bestätigte der Präsident der EZB, Wim Duisenberg, und präzisierte, dass er

die Kommission „voll und ganz unterstütze. Brüssel fühlt sich ebenfalls von den Reaktionen der vorbildlichen Länder ermutigt, die seinen Aufschub des Haushaltsausgleichs auf 2006 heftig kritisierten, da sie darin ein Geschenk für die großen Länder sehen. „Die Österreicher sind umso aufgebrachter, als ihre Regierung aufgrund des Paktes zu Fall gekommen ist, weil sie Steuersenkungen aufgeschoben hat“, meint ein Beamter der Kommission. Mitarbeiter von Solbes hoffen, dass diese Länder nicht nachgeben werden.

„In dieser Angelegenheit ist immer die Kommission der Sündenbock. Aber eigentlich müssten die Minister Druck auf ihre Kollegen ausüben“, hofft man in Solbes' Umfeld. Ein Kommissar ist der Ansicht, dass Paris nicht so tun könne, als existiere dieser Druck nicht. Die erste Debatte wird am 7. Oktober in Luxemburg stattfinden, anlässlich eines Treffens der Finanzminister der Euro-Zone.

**Arnaud Leparmentier**